

Freiberufler müssen mit stagnierender Rente rechnen

Versorgungswerke erwarten Diskussion über späteren Rentenbezug

minue. BERLIN, 4. Januar. Die in den berufsständischen Versorgungswerken organisierten Freiberufler müssen sich in den nächsten Jahren auf stagnierende Renten einstellen. „Die Zeiten üppiger Renten Anpassungen sind vorbei“, sagt der Hauptgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen, Michael Jung. Im Frühjahr würden die aktuellen Zahlen über die demographische Entwicklung der in die Versorgungswerke einzahlenden Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker, Architekten und Steuerberater veröffentlicht. Man müsse dann weitere Rückstellungen für das kapitalgedeckte Rentensystem bilden. „Wenn wir die Deckungsrückstellungen ausbauen müssen, können wir die Renten nicht erhöhen. Die Kuh, die im Himmel gemästet und auf Erden gemolken wird, haben auch wir noch nicht erfunden.“

Die berufsständischen Versorgungswerke für die Angehörigen der freien Berufe wurden im Zuge der Rentenreform von 1957 von SPD und Union aufgefordert, sich selbst um die Rente zu kümmern. So seien die aktuell 89 Versorgungswerke entstanden, die das Vermögen ihrer

Mitglieder nach den Regeln der Versicherungswirtschaft investieren. Im Gegensatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) kämen sie ohne Zuschüsse der öffentlichen Hand aus, ergänzt Jung. Im Durchschnitt habe im Vorjahr jedes Mitglied rund 720 Euro an die Versorgungswerke überwiesen. Es sei schon fast Historie, dass die Freiberufler gute Beitragszahler seien. Viele junge Anwälte und Ärzte verdienten weniger als der „durchschnittliche“ Arbeitnehmer, der in die GRV einzahle. Die durchschnittliche Altersrente der 145 000 Rentner betrage 1940 Euro.

2005 haben die regionalen Versorgungswerke etwa 715 000 Mitglieder gehabt, davon 66 Prozent Ärzte und Apotheker. Deren Anteil werde künftig sinken, während die Zahl der Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwälte, die aktuell bei rund 22 Prozent liege, zunehme. Die von der Bundesregierung geplante Gesundheitsreform sieht Jung als zusätzliche

Gefahr für die Heilberufe an. Viele Apotheker und Ärzte verkauften noch vor Erreichen des eigentlich üblichen Renteneintrittsalters von derzeit 65 Jahre ihre Praxen und Apotheken. Sie müssten dann mit Abschlägen ihrer Renten leben.

Die Versorgungskassen müssen angesichts der steigenden Lebenserwartung ihre Deckungsrückstellungen ausbauen. Das schmälert die Möglichkeit von Rentenerhöhungen.

Das Vermögen der Versorgungswerke belaufe sich auf 103 Milliarden Euro. Daraus seien 2005 Erträge von 4,9 Milliarden Euro erwirtschaftet worden, was einer Verzinsung von 5,2 Prozent entspreche. Das sei „vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus ein zufriedenstellendes Ergebnis“, sagt Jung. Das Geld werde vor allem benötigt, um die Deckungsrückstellungen angesichts der zunehmenden Lebenserwartung der Freiberufler zu erhöhen. Damit seien die Versorgungswerke in den vergangenen Jahren schon beschäftigt gewesen, doch der Einbruch an den Börsen in den Jahren 2001 und 2002 habe das Vorhaben erschwert.

Mit der zunehmenden Alterung der Mitglieder wird es auch in den Versorgungswerken schon bald zu Diskussionen über das Renteneintrittsalter kommen, erwartet Jung. Für die Freiberufler sei es zwar erfreulich, dass sie immer älter würden. Während die gesetzliche Rentenversicherung aktuell damit rechne, ihren Mitgliedern 17 Jahre lang Rente zahlen zu müssen, gingen die Versorgungswerke von 19 Jahren mit steigender Tendenz aus. Doch das habe nicht nur Konsequenzen auf die Rentenerhöhungen, sondern auf das künftige Renteneintrittsalter. Allerdings werde das Renteneintrittsalter nur schrittweise etwa bis 2029 angehoben werden, denn die Mitglieder genossen Vertrauensschutz. Nach Jungs Worten sollen die Freiberufler künftig auch stärker die Auswirkungen des Alterseinkünftegesetzes in ihren Anlageentscheidungen berücksichtigen. Denn das Rentenniveau werde sich durch die nachgelagerte Besteuerung verändern. Deshalb sollten die Freiberufler die Chance nutzen, mehr als den Höchstbeitrag in die Versorgungswerke einzuzahlen.